

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 1994

1. Juli: Brasilien führt eine Währungsreform durch, um die Inflation von 3.000% zu stoppen. Die neue

Ausland

Währung, der Real, wird im Verhältnis 1 : 1 an den Dollar gebunden.

8.-10. Juli: In Neapel findet der 20. Weltwirtschaftsgipfel der G7 statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen handels- und währungspolitische Fragen. Die Ratifizierung der Zoll- und Handelsvereinbarungen im Rahmen des GATT soll in den einzelnen Ländern zügig vorangetrieben werden, damit die Welthandelsorganisation (WTO) am 1. Jänner 1995 ihre Arbeit aufnehmen kann. Das Schlußdokument verweist auf den Konjunkturaufschwung, der jedoch ohne positiven Beschäftigungseffekt verläuft. Der Reformprozeß in Rußland soll nun durch umfangreiche Kredite unterstützt werden. Ohne Ergebnis bleibt die Diskussion über eine finanzielle Hilfe im Falle einer Schließung des Kernkraftwerkes Tschernobyl, doch werden 200 Mrd. \$ zur Auffüllung des Nuklearen Sicherheitsfonds gewährt.

18. Juli: Die EU unterzeichnet mit den baltischen Staaten ein Freihandelsabkommen. Es ermöglicht Lettland, Estland und Litauen, eine Vielzahl von Produkten zollfrei in die EU zu exportieren. Stahl, Textilien und landwirtschaftliche Produkte sind von diesem Vertrag ausgenommen.

21. Juli: Der luxemburgische Premierminister Jacques Santer wird vom Europäischen Parlament mit einer knappen Mehrheit (260 : 238) als Nachfolger von Jacques Delors zum Kommissionspräsidenten gewählt.

25. Juli: Die Vereinigung Karibischer Staaten (Association of Caribbean States — ACS) wird gegründet. Die teilnehmenden Staaten (Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Kuba, Haiti, Dominikanische Republik) sowie die englischsprachige Karibische Gemeinschaft Caricom (Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Französisch Guayana, Jamaika, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago) wollen einen erweiterten Wirt-

Wichtiges Thema der internationalen Wirtschaftspolitik sind Hilfeleistungen gegenüber den postkommunistischen Ländern in Form von Kreditzusagen und der Öffnung der Märkte. — Mit der Gründung der ACS wollen nun auch die karibischen Staaten die Vorteile eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes nützen. Die EU-Kommission wird künftig von ihrem neuen Präsidenten Santer geleitet.

schaftsraum für Handel und Investitionen aufbauen. In gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Programmen sollen Nutzung und Entwicklung der gemeinsamen Kapazitäten gefördert werden.

28. Juli: Die EG-Kommission stellt ein Strategiepapier zur stärkeren Integration von Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Bulgarien und

Rumänien vor. Regelmäßige Treffen zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen sollen ab 1995 die Kooperation fördern. Ein homogenisierter Rechtsraum soll die Voraussetzungen für einen Aufschwung des Handels schaffen. Einseitiger Freihandel ab 1995 sowie die gegenseitige Liberalisierung des Auftragwesens sind vorgesehen.

Die für 1996 in Budapest geplante Weltausstellung wird abgesagt. Eine Durchführung der Expo hätte den ungarischen Staatshaushalt zu stark belastet. Ursprünglich wurde die Expo 1996 gemeinsam mit Wien geplant. 1991 wurde das Projekt nach einer Volksabstimmung in Österreich abgelehnt.

Am Treffen der Außenminister der ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen und Brunei) nehmen erstmals Vertreter Europas und anderer Teile Asiens teil. Trotz dieses Zeichens der Öffnung wird als versteckter Protektionismus kritisiert, daß die westlichen Staaten versuchen, die Außenhandelsbeziehungen zu den asiatischen Staaten an die Erfüllung gewisser Standards für die Arbeitsbedingungen in diesen Staaten zu binden.

2. August: Kanada und die USA erzielen ein vorläufiges Einvernehmen im Weizenstreit: Die zollfreien Weizenimporte der USA aus Kanada werden mit 1,5 Mill. t festgelegt. Darüber hinausgehende Importe werden progressiv verzollt.

10. August: Die USA räumen China nach einem Beschluß des Repräsentantenhauses weiterhin den „Meistbegünstigungsstatus“ ein, obwohl die ursprünglich damit verknüpfte Bedingung einer verbesserten Wahrung der Menschenrechte nicht berücksichtigt wird.

27. August: In England wird der Sonntagsverkauf freigegeben. Kleineren Geschäften mit einer Verkaufsfläche bis 280 m² wird kein Zeitlimit gesetzt, größere Geschäfte dür-

fen von 10 bis 18 Uhr offenhalten. Die Sonntagsarbeit der Handelsangestellten muß auf Freiwilligkeit beruhen.

5.–13. September: In Kairo findet die 3. UNO-Bevölkerungskonferenz statt. Die Weltbevölkerung wird derzeit auf 5,6 Mrd. geschätzt. Die Prognosen über die Entwicklung bis 2050 liegen zwischen 7,8 und 12,5 Mrd. Die Zielsetzung der Konferenz ist, die untere Variante dieser Prognose zu erreichen. Familienplanung und der Ausbau der Rechte der Frauen sollen das Bevölkerungswachstum stabilisieren. Die Programme zielen auf drei Punkte ab: Ausbildung für Mädchen, die Reduktion der Säuglings-, Kinder- und Muttersterblichkeit sowie Familienplanung und Geburtenkontrolle. Für diese Programme müssen bis zum Jahr 2000 17 Mrd. \$ und bis 2015 21 Mrd. \$ aufgebracht werden.

23. September: Die 11. EU-Asean-Tagung geht in Stuttgart zu Ende. Die Zusammenarbeit durch gegenseitige Unterstützung bei Handel, Niederlassungen und Kooperationen wird im gemeinsamen Schlußdokument festgehalten. Auf Wunsch der ASEAN-Staaten bezeichnet ein Passus die Forderung nach Achtung bestimmter Umweltschutzbestimmungen und Arbeitnehmerrechte als hinderlich für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

Inland

1. Juli: Das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG, BGBl. 313/1994) gliedert die Arbeitsmarktverwaltung aus der Bundesverwaltung aus. Die Funktionen der Arbeitsmarktverwaltung werden an das Arbeitsmarktservice AMS, ein Dienstleistungsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, übertragen. Das Arbeitsmarktservice-Begleitge-

Bei einem Frauenanteil von 53,3% der Wahlberechtigten dominieren frauen- und sozialpolitische Themen den Wahlkampf zur Nationalratswahl. — Die Reform der Arbeitsmarktverwaltung wird durch die Gründung des Arbeitsmarktservice, eines unabhängigen Dienstleistungsbetriebs, wirksam. — Der Konkurs der Schiffabrik Atomic zählt zu den größten Insolvenzen der vergangenen Jahre in Österreich.

setz (AMS-BegleitG, BGBl. 314/1994) regelt die Ausgliederung von behördlichen Kontroll- und Steuerungsfunktionen sowie die Zulassung der (un)entgeltlichen Arbeitsver-

mittlung durch private Einrichtungen, die im Widerspruch zum Dienstleistungscharakter des AMS stehen, sodaß dem AMS lediglich die Leistungen zur Existenzsicherung der Arbeitslosen durch Arbeitslosengeld und Notstandshilfe verbleiben. Die finanzielle Regelung wird im Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (AMPFG, BGBl. 315/1994) festgelegt. Der Personal- und Sachaufwand wird dem AMS vom Bund pauschal ersetzt, im Bereich des Förder- und Leistungsaufwands arbeitet das AMS als Bundesdienststelle direkt im Namen und auf Rechnung des Bundes.

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (BGBl. 697/1993) tritt in Kraft: Projektwerber müssen Anlagen — die nach ihrer Art und Mengenschwelle festgelegt sind — einer Umweltverträglichkeitsprüfung durch die UVP-Behörde in der Landesregierung unterwerfen. Die UVP soll die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen eines Vorhabens auf Tiere, Boden, Wasser, Luft und Klima, auf Biotope und Ökosysteme, auf Landschaft, auf Sach- und Kulturgüter beschreiben und bewerten. Weiters sollen Projektvarianten geprüft werden, um jene Variante mit den geringsten negativen Auswirkungen zu identifizieren. Die Öffentlichkeit ist auf mehreren Stufen beteiligt, zuletzt durch die Parteienstellung für Bürgerinitiativen mit mindestens 200 Unterstützungsunterschriften. Anlagen, die aufgrund ihrer Größe und Bedeutung nicht einer UVP unterzogen werden müssen, aber erfahrungsgemäß mit Umweltauswirkungen verbunden sind, müssen sich einem Bürgerbeteiligungsverfahren unterziehen.

Die Marktordnungsgesetzesnovelle 1994 (BGBl. 664/1994) tritt in Kraft: Der Verwertungsbeitrag auf Getreide und die Düngemittelabgabe entfallen.

20.–22. August: An einem vom Bundespräsidenten initiierten „Mitteleuropagipfel“ in Alpbach nehmen die Staatschefs Deutschlands, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens, Italiens, Liechtensteins und der Schweiz teil. Übereinstimmung herrscht über die Osterweiterung der EU, die nicht nur im Interesse der postkommunistischen Länder ist. Österreich übernimmt in diesem Integrationsprozeß als EU-Staat im Zentrum Europas eine wichtige Vermittlerrolle.

16. September: Der Konkurs über die größte österreichische Skifabrik, Atomic, wird eröffnet. Mit Passiva von rund 1,8 Mrd. S ist er bisher der größte heimische Insolvenzfall im Jahr 1994 und zählt zu den zwölf größten Insolvenzfällen der historischen Insolvenzstatistik.

Abgeschlossen am 3. Oktober 1994.